



## POLITIK / REDAKTION

### Afghanistan - hinter den Kulissen ...

(SB) - Bei der fünften Runde der Friedensverhandlungen, welche die USA und die Taliban miteinander in Doha, der Hauptstadt Katars, führten, wurden offenbar Fortschritte erzielt. An den Gesprächen, die vom 25. bis zum 28. Februar dauerten, nahm neben US-Chefunterhändler Zalmay Khalilzad erstmals auch Mullah Abdul Ghani Baradar, stellvertretender Chef der Taliban, der in den neunziger Jahren zusammen mit Mullah Mohammed ... (S. 8)

## UMWELT / REDAKTION

### Grüner Kapitalismus - Geburtsumkehr ...

(SB) - Ende vergangenen Monats hat der Grüne Klimafonds (Green Climate Fund) entschieden, daß Brasilien fast 100 Millionen Dollar für einen Rückgang seiner Entwaldungsrate als ... (S. 13)



Foto: NASA

*poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen*

## Honduras

### 3. März: Drei Jahre ohne Berta - Copinh kämpft weiter für Gerechtigkeit

*von Sonia Gerth*



*Altar für Berta*

*Foto: Sonia Gerth, Cima Noticias*

(Mexiko-Stadt, 1. März 19, Cima Noticias) - Am 3. März 2019 jährt sich der Mord an der honduranischen Menschenrechtsverteidigerin und Umweltaktivistin Berta Cáceres Flores [1] zum dritten Mal. An diesem Tag im Jahr 2016 drangen Auftragsmörder in ihr Haus in La Esperanza, im Distrikt Intibucá ein und erschossen die Anführerin der indigenen Organisation Copinh (Consejo Cívico de Organizaciones Populares e

Indígenas). Der mexikanische Umweltschützer Gustavo Castro, der zu Besuch war, überlebte schwer verletzt, weil er sich tot stellte.

Am 29. November 2018 fällte das Strafgericht von Tegucigalpa ein Urteil wegen Mordes an Berta Cáceres gegen sieben Angeklagte [2]. Berta und Copinh hatten Widerstand gegen das Wasserkraftprojekt Agua Zarca und der Betreiberfirma DESA (honduranisches Energieunternehmen) geleistet. Die verurteilten Auftrags-

mörder handelten "mit vollem Wissen und Einverständnis" der Führungskräfte von DESA. Die Familie der Umweltschützerin und Copinh fordern jedoch weiterhin Gerechtigkeit, da es bei dem Gerichtsverfahren zu mehreren Unregelmäßigkeiten kam. Sie werfen der Staatsanwaltschaft vor, nichts über die Drahtzieher des Mordes [3] herausgefunden zu haben, bisher sitzt von der DESA allein Roberto David Castillo Mejía in Untersuchungshaft. Darüber hinaus wurde Copinh in diesem Prozess nicht als Opfer anerkannt und die Anwälte der Familie wurden aus dem Prozess ausgeschlossen. Die Organisation befindet sich nach dem Mord an ihrer Anführerin [4] immer noch in einer schwierigen Erholungsphase und wird nach wie vor von der Regierung unter Juan Orlando Hernández kriminalisiert.

### **Interview mit Lilian López von Copinh**

Während einer Reise internationaler Menschenrechtsverteidigerinnen Ende Januar nach Honduras, sprach Sonja Gerth von Cimacnoticias mit Lilian López von der Copinh-Koordination über den Prozess gegen Bertas Mörder, die Stimmung und die Rolle der Frauen bei Copinh.

*Sonja Gerth (SG): Fast drei Jahre nach dem Mord an Berta und im 26. Jahr des Bestehens von Copinh würde man sich wünschen, dass ihr mit so viel Solidarität von überall auf der Welt gestärkt seid. Aber ihr habt sehr schwere Zeiten erlebt, oder?*

Lilian López (LL): Ja, eigentlich schon seit 2013, als viele Konzessionen für Wasserkraftprojekte auf dem Territorium der Lencas (indigene Gemeinschaft in Honduras) vergeben wurden, wurde Copinh sehr stark verfolgt [5].

Wir wurden als gewalttätige, bewaffnete Organisation diffamiert. Es gibt die politische Verfolgung und die rechtliche Verfolgung, und dann haben wir mit transnationalen Unternehmen und der organisierten Kriminalität zu tun, die uns verfolgen. Sie haben gedroht, dass sie uns strafrechtlich verfolgen, uns töten, insbesondere in der Gemeinde Río Blanco hat es auch schon Morde gegeben. Die Organisation wurde boykottiert, unseren Community Radios wurde der Strom abgeschaltet. Oder sie haben die Straßen blockiert, wo wir mit unseren Autos entlang fahren wollten, auf dem Weg in die Gemeinden. Und nach dem Mord an Berta war es auch eine sehr schwierige Situation, weil wir wussten, wir haben eine Anführerin verloren, eine Frau, die gekämpft hat, eine Frau, die unsere Rechte verteidigt hat. Aber das hat uns stark gemacht. Berta ist von uns gegangen, aber heute, mit der Hilfe von internationalen und anderen Organisationen, den internationalen Medien überleben wir und fordern weiterhin Gerechtigkeit und dass der Mord an Berta nicht ungestraft bleibt.

*SG: Und gab es bei Copinh Leute, die gesagt haben, 'Nein, ich habe zu große Angst, um weiterzumachen'?*

LL: Ja, viele Gemeinden sind geschwächt, heute wollen viele Compañeras nicht rausgehen, sie wollen nicht weiter kämpfen, weil sie glauben, wenn sie Berta ermorden können, werden sie auch

ermordet und all das bleibt strafflos. Bei uns mit dabei ist der Genosse Francisco Sánchez aus der Gemeinde Río Blanco, wo er stark bedroht ist. Sie umzingeln sein Haus, es gibt Schüsse, manchmal wenn er rüber in seine Gemeinde fährt. Für uns wurden zwar Schutzmaßnahmen erlassen (es gibt einen staatlichen Schutzmechanismus, der z.B. Bodyguards vorsieht, S.G), aber das heisst nicht, dass unser Leben sicher ist. Der Compañero Sotero Echavarría ist ein langjähriger Mitstreiter und sie haben mit der Entführung seiner Enkelkinder gedroht. Seine Hunde wurden getötet, sein Haus auch umzingelt und sie haben Schüsse abgefeuert. Bei mir selbst fand letztes Jahr eine Hausdurchsuchung statt, ohne Haftbefehl. Die Polizei ist in mein Haus eingedrungen und hat gefragt, ob es Waffen gibt, versteckte Waffen. Sie haben alles gemacht, was sie wollten, sie waren ja die Staatsmacht, auch mit den Fotos von meinen Kindern, was sie in Gefahr bringt. Aber das hat uns auch nicht geschwächt, auch nicht als Frauen, wir kämpfen weiter und unterstützen und verteidigen die Rechte der Lenca.

*SG: Wie wird Copinh derzeit von der honduranischen Regierung kriminalisiert?*

LL: Man sagt, dass wir eine Organisation sind, die keinen Fortschritt für das Land will, die gegen Entwicklung ist. Aber das stimmt nicht, wir sind nicht gegen eine Entwicklung, sondern gegen die Art und Weise, wie die Wasserkraftprojekte in den Gemeinden innerhalb des Lenca-Gebiets durchgeführt werden. Und: Kriminalisierung besteht auch in der politischen Verfolgung, zum Bei-

spiel sind die Autos von Copinh in der Gegend sehr bekannt und auch wir als Mitglieder. Und wo immer sie uns sehen, gibt es eine Polizeikontrolle, sie halten uns an und versuchen, uns aus den Autos zu holen. Sie lassen die Kennzeichen durchs System laufen, stellen uns viele Fragen ... das ist auch eine Kriminalisierung, denn sie folgen uns, wo auch immer wir sind. Damit werden wir am Weiterkämpfen gehindert.

*SG: Wie geht es weiter im Fall Berta nach dem Urteil gegen die sieben Männer?*

LL: Für uns war es ein rechtswidriger Prozess. Es war ein Prozess, der im Geheimen abgehalten wurde, viele Informationen wurden nicht an uns weitergegeben. Copinh wurde nicht als Opfer anerkannt, weil sie sagen, Berta sei eine Privatperson gewesen. Aber sie war die Hauptkoordinatorin von Copinh und uns wurde die Teilnahme an dem Prozess verweigert. Die Anwälte der Familie wurden vom Fall ausgeschlossen. Und das ist Teil der Kriminalisierung gegenüber dem Lenca-Volk. Dass sie uns außen vor lassen, dass der Prozess illegal ist, weil viele juristische Einsprüche nicht einbezogen wurden. Gut, jetzt gibt es ein Urteil gegen die sieben Menschen. Aber nur die sieben Menschen, die geschossen haben. Diejenigen, die nicht verurteilt wurden, sind die geistigen Urheber. Und das ist es, was die Familie will, was ihre Töchter wollen, was Copinh will. Es soll weiter ermittelt werden, um die wahren Auftraggeber zu schnappen. Und wir haben immer gesagt, das Unternehmen DESA ist auch Teil eines staatlichen Systems, das Berta ermordet hat. Außerdem, es ist

zwar ein Erfolg, dass sie verurteilt wurden, aber wir wissen immer noch nicht, zu wie vielen Jahren.

*SG: Wann wird das bekannt gegeben?*

LL: Wir glauben, dass das weiter im Geheimen stattfindet, dass Sie nur sagen, sie bekommen eine Strafe, aber wir erfahren nicht, wie viel es für jeden Einzelnen sein wird. Wir würden uns wünschen, dass sie lebenslang erhalten! Dass es eine lebenslange Haftstrafe gibt, damit diese Taten nicht ungestraft bleiben und keine weiteren Menschenrechtsverteidigerinnen der Lenca ermordet werden.

*SG: Und wie sieht es mit Widersprüchen, Revision, der nächsten Instanz aus?*

LL: Nun, es ist bekannt, dass die Verteidiger der Angeklagten Rechtsmittel eingelegt haben, um die Mindeststrafe zu fordern. Aber wir wissen nicht, ob das in sechs Monaten behandelt wird oder in einem Jahr, drei Jahren... Das ist noch offen. Es gibt aber auch noch einen zweiten Prozess gegen David Castillo, dem ehemaligen Geschäftsführer und Präsidenten der Firma DESA. Wir hoffen, dass es dort auch ein Urteil in unserem Sinne gibt.

*SG: Und wie steht es jetzt um den Fluss? Wird das Wasserkraftwerk nicht gebaut?*

LL: Als Berta getötet wurde, ist der Dammbau unterbrochen worden. Aber wir wissen nur, dass er gestoppt ist, während der Prozess gegen Bertas Mörder läuft. Es könnte auch sein, dass DESA geht und stattdessen ein anderes Un-

ternehmen kommt, das den Bau fortführt. Río Blanco konnte mittlerweile Rechtsmittel einreichen, um die Konzession für den Gualcarque Fluss endgültig aufzuheben. Wir hoffen, dass die Staatsanwaltschaft und die Gerichte dieses Projekt annullieren. Das wäre ein Signal für viele Gemeinden, die von Konzessionen betroffen sind. Für uns als Copinh wäre es ein Sieg, die endgültige Aufhebung der Konzession am Gualcarque zu erreichen.

*SG: Themenwechsel, du hast darüber gesprochen, wie schwierig es für Frauen ist, sich in gemischten Organisationen wie Copinh oder den Gruppen in den Dörfern zu engagieren. Welche Hindernisse gibt es?*

LL: Die meisten von uns kommen aus Dörfern, aus Gemeinschaften, und wir leben in einem Land, das patriarchal ist, rassistisch ist, in dem der Staat uns das Recht auf Gesundheit, Bildung und politische Teilhabe verweigert. In den Dörfern ist das nicht anders, man glaubt immer noch, dass wir Frauen von dem Moment, wo wir heiraten oder eine Lebensgemeinschaft eingehen, Kinder haben und zu Hause bleiben müssen. Ab der Heirat soll sich die Frau um den Mann und seine Kinder kümmern ... Nein! Die Frau kann überall teilnehmen, wo sie will! Wenn wir Frauen unsere Stimme erheben oder mitmachen wollen, werden wir zum Schweigen gebracht, uns wird die Teilnahme verweigert. Und wenn wir es doch tun, werden wir sehr schlecht behandelt. Man sagt uns, dass wir uns auf der Straße herumtreiben, dass wir unsere Kinder verlassen, dass wir das Haus verlassen. Viele Frauen haben so-

gar ihre Kinder und ihr Heim verloren, weil der Mann sie rausgeschmissen hat. Weil er sagt, wir wollen uns gar nicht organisieren, wir suchen nur andere Männer. Deshalb gibt es viele Frauen, die sich nicht einmischen. Weil die Angst das ist, ich gebe meine Kinder, meine Familie auf und verlriere mein Zuhause.

*SG: Und wie sensibilisiert ihr sie und ermutigt sie zur Teilnahme?*

LL: Nun, bei Copinh gibt es ein Fortbildungskonzept für Frauen. Wir sprechen mit ihnen, um sie zu sensibilisieren, dass sie das Wort ergreifen und sich einmischen können. Und dass sie kämpfen sollen, um vorwärts zu kommen, um nicht unter dem Patriarchat zu leiden und von einer Person abhängig zu sein, sondern dass wir lernen müssen, unabhängig zu werden. Dass wir Frauen nicht schweigen sollten, sondern Anzeige (wegen häuslicher Gewalt) erstatten und sagen sollten, was mit uns passiert. Wir fahren in die Dörfer, treffen uns, machen Schulungen, wir sprechen mit ihnen über ihre Rechte, lassen sie erzählen, und wenn nötig begleiten wir sie, wenn sie Anzeige erstatten wollen. Bei einigen Compañeras haben wir es geschafft, einen Konflikt innerhalb der Gemeinde zu lösen. Aber dann gibt es Fälle, wo wir zur örtlichen Polizeistation gehen müssen. Aber selbst dort werden wir diskriminiert, das Polizeisystem, der Anwalt, die Richterin lachen uns aus und als Erstes fragen sie uns: 'Und warum? Hast du dich nicht genügend um ihn gekümmert oder was?' Und sie fangen an, die Frau zu beleidigen. Deshalb schweigen viele. Das System unterstützt uns nicht. Immerhin haben wir es als

Copinh geschafft, in vielen Fällen einzuschreiten. Zum Beispiel, wenn es einen Mann gibt, der seine Partnerin schlecht behandelt, dann reden wir mit ihm, sagen ihm, dies oder das ist falsch, das kann man nicht machen. Wenn du nicht willst, dass deine Partnerin alleine ausgeht, dann begleite sie! Bring sie zum Ort der Versammlung, lass sie reden! Das war eine gute Strategie für Copinh, auch mit Männern zu reden und ihnen bewusst zu machen, dass wir Frauen dieses Mitwirkungsrecht haben.

*SG: Erzähl mir von der Koordination der sexuellen Vielfalt. Ich denke, das ist ziemlich einzigartig?*

LL: (lacht) Ja. In Dörfern oder Gemeinden ist es sehr schwierig zu verstehen, dass es bei Copinh eine Koordination für sexuelle Vielfalt gibt. Wenn ich zum Beispiel eine lesbische Frau wäre, wäre es schwierig für mich, mich zu outen und meine Umgebung wissen zu lassen, dass ich lesbisch bin. Weil es Diskriminierung gibt, es gibt Gewalt, 'Warum bist du so? So darfst du nicht sein!' Also, es war ein schwieriger Prozess, aber die Person, die für die sexuelle Vielfalt zuständig ist, war schon als Kind dabei, ist mit Copinh aufgewachsen. Und Berta war eben eine von denen, die sagten, nein, JuanPa, es ist dein Recht, dich so auszudrücken wie du willst. Wir werden dir bei Copinh die Gelegenheit geben, die Koordination der sexuellen Vielfalt zu übernehmen und ein Vorbild für Leute auf dem Dorf zu sein, die sich nicht outen, weil ihre Familie das nicht akzeptiert, weil ihre Familie sie als schlecht ansieht, weil ihre Familie sie sonst verstößt.

*SG: Und diese Person geht raus und hält Vorträge?*

LL: Ja, eine sehr anerkannte Person, die seit ihrer Kindheit an vorderster Front des Kampfes stand und heute auf nationaler und internationaler Ebene anerkannt ist. Ihm ist jetzt alles egal, er hat seine Schwierigkeiten innerhalb von Copinh gemeistert.

*SG: Letzte Frage, wie gedenkt Ihr des dritten Jahrestages von Bertas Ermordung?*

LL: Ich denke wir feiern ihn mit großer Freude, viel Elan, viel Kraft, um an diese Frau, diese Anführerin, zu erinnern. Um auszudrücken, dass sie hier ist, uns diese Stärke gibt und um einen weiteren Sieg unseres Kampfes zu feiern, dass ihre Mörder eine Strafe erhalten haben, zumindest die Leute, die sie erschossen haben. Und das wird eine Party mit Berta. Um weiterzumachen, weiter für das Lenca-Volk und für andere Frauen zu kämpfen, damit sie aus dieser Gefangenschaft herauskommen, in der sie leben.

#### **Anmerkungen:**

[1] <https://www.npla.de/podcast/nach-dem-mord-an-berta-caceres-erinnerungen-an-eine-ungebrochene-frau/>

[2] <https://www.npla.de/poonaal/honduras-prozessauftritt-im-mordfall-berta-caceres/>

[3] <https://www.npla.de/poonaal/drahtzieher-hinter-dem-auftragsmord-an-berta-caceres-weiterhin-frei/>

[4] <https://www.npla.de/poonaal/mord-an-renommierter-umweltschuetzerin-schockiert-die-welt/>

[5] <https://www.npla.de/poonal/interview-25-jahre-copinh-2-jahre-seit-berta-caceres-tod/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/3-maerz-drei-jahre-ohne-berta-copinh-kaempft-weiter-fuer-gerechtigkeit/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

\*

#### Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

Köpenicker Straße 187/188

10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: [poonal@npla.de](mailto:poonal@npla.de)

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/fakten/bfaf0057.html>



Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...  
Kommentare ... Interviews ...  
Reportagen ... Textbeiträge ...  
Dokumente ...  
Tips und Veranstaltungen ...

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

## BÜRGER UND GESELLSCHAFT / MEINUNGEN

Internationale Presseagentur Pressenza -  
Büro München, 3. März 2019

### Saudi-Arabien:

## Über 50 Menschenrechtsorganisationen fordern sofortige Freilassung der Frauenrechtsaktivistinnen

von *womensmarch.global* [1]

Das folgende Schreiben wurde an über 30 Außenminister verschickt. In ihm werden die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen dazu aufgefordert, bei der 40. Tagung des UN-Menschenrechtsrates eine Resolution zu verabschieden, in der explizit die sofortige und bedingungslose Freilassung der inhaftierten saudischen Frauen und Menschenrechtsverteidigerinnen sowie die Einrichtung eines Überwachungsmechanismus für Menschenrechtsverletzungen in Saudi-Arabien gefordert wird.

19. Februar 2019

Aufstehen für Menschenrechte in Saudi-Arabien und Forderung der sofortigen und bedingungslosen Freilassung aller inhaftierten saudischen Frauen und Menschenrechtsverteidigerinnen

Eure Exzellenz,

Die außergerichtliche Hinrichtung des Kolumnisten der Saudi Washington Post, Jamal Khashoggi, hat zu einer verstärkten öffentlichen Kontrolle des repressiven Umfelds geführt, das für Menschenrechtsverteidiger

in Saudi-Arabien besteht. Die inhaftierten Aktivistinnen haben bereits seit Jahren mutig Menschenrechtsverletzungen angeprangert, darunter Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, und sie haben einen hohen Preis dafür gezahlt.

Wir begrüßen die Entscheidung einiger Länder, darunter Dänemark, Finnland, Deutschland, die Niederlande, Norwegen und die Schweiz, ihre Waffengeschäfte mit Saudi-Arabien einzustellen. Einige unserer Organisationen fordern bereits seit längerem, Waffenverkäufe nach Saudi-Arabien einzustellen, da ein erhebliches Risiko besteht, dass diese Waffen bei der Begehung von völkerrechtlichen Straftaten oder anderen schweren Menschenrechtsverletzungen im Jemen verwendet werden. Wir fordern alle anderen Länder auf, derartige Waffengeschäfte und Exporte nach Saudi-Arabien zu beenden.

Wir sind zutiefst besorgt über die Berichte über Folter und Misshandlung der inhaftierten Frauenrechtlerinnen in Saudi-Arabien. Sie sind seit Mitte 2018 inhaftiert, nur weil sie friedlich für

den Schutz und die Förderung von Menschenrechten, einschließlich der Rechte von Frauen, im Königreich protestiert haben. Einige wurden in Isolationshaft gehalten, während der ersten drei Monate ihrer Inhaftierung ohne jeglichen Kontakt zu ihren Familien oder Anwälten, und sind Opfer von haarsträubenden Schmierkampagnen durch die staatlichen Medien in Saudi-Arabien geworden. Sie alle haben immer noch keinen Zugang zu juristischer Vertretung.

Jüngste Berichte ergeben, dass einige der inhaftierten Aktivistinnen Opfer von Folter durch Stromschläge, Auspeitschung, sexuelle Bedrohungen und andere Formen von Folter geworden sind. Zeugenaussagen zu Folge hat dieser Missbrauch dazu geführt, dass einige der Frauen nicht mehr in der Lage sind, richtig zu gehen oder zu stehen, sie leiden unter unkontrolliertem Zittern und tragen Spuren der Folter an ihren Körpern. Mindestens eine von ihnen hat mehrmals versucht, sich umzubringen.

Zu den inhaftierten Frauenrechtlerinnen gehören Loujain Al-Hathloul, Aziza Al-Yousef, Eman AlNafjan, Nouf Abdelaiziz, Dr. Hatoon Al-Fassi, Samar Badawi, Nassima Al-Sadah, Mohammed Al-Bajadi, Amal Al-Harbi und Shadan Al-Anezi. Sie setzen sich seit langem für das Recht von saudischen Frauen ein, selbst Auto fahren zu dürfen, sie haben ein Ende des diskriminierenden männlichen Vormundschaftssystems gefordert und sich friedlich für eine stärkere Achtung der Menschenrechte eingesetzt. Dafür laufen

sie jetzt Gefahr, vor dem Fachstrafgericht, dem Antiterrorgericht des Landes, angeklagt und verurteilt zu werden.

Im Jahr 2016 äußerte der Ausschuss der Vereinten Nationen gegen Folter in seinem zweiten regelmäßigen Bericht zu Saudi-Arabien seine Besorgnis über die Anwendung der Terrorgesetze durch den Fachstrafgerichtshof, der die Kriminalisierung von Handlungen friedlicher Meinungsäußerung ermöglicht, die als "Gefährdung der nationalen Einheit" oder "Untergrabung des Rufs oder der Position des Staates" angesehen werden. Diese Vorschriften wurden verwendet, um Menschenrechtsverteidiger für die Ausübung ihrer Grundrechte zu verurteilen, internationale Normen für das Recht auf ein faires Verfahren zu verletzen, und sie haben es den Behörden ermöglicht, Personen festzunehmen, ohne ihnen während der Untersuchungsphase Zugang zur anwaltlichen Vertretung zu gewähren. Wie vom Ausschuss zur Beseitigung der Diskriminierung von Frauen (CEDAW) im März 2018 empfohlen, sollte der saudische Staat den Zugang von Frauen zur Justiz erleichtern und Rechtsbeihilfe so institutionalisieren, dass sie zugänglich, nachhaltig und auf die Bedürfnisse von Frauen ausgerichtet ist.

Saudi-Arabien ist als Mitglied des UN-Menschenrechtsrates dazu verpflichtet, die höchsten Standards für die Förderung und den Schutz von Menschenrechten einzuhalten, und uneingeschränkt mit den Mechanismen des Menschenrechtsrates zu kooperieren. Die saudische Regierung verhielt sich jedoch weitge-

hend unkooperativ und zeigt weiterhin eine eklatante Missachtung der Grundfreiheiten. Trotz wichtigen Engagements durch den Mechanismus des Rates setzt Saudi-Arabien weiter seine systematische Politik der Vergeltung und Einschüchterung gegen diejenigen fort, die sich engagieren oder die zu diesem Zweck Kontakt zu den Vereinten Nationen suchen, und inhaftiert weiterhin Menschenrechtsaktivisten, Frauenrechtlerinnen und Dissidenten. Obwohl Saudi-Arabien von den Mechanismen des Rates geprüft wurde, ist es offensichtlich, dass weitere Maßnahmen durch das weltweit führende Menschenrechtsgremium nötig sind, um sicherzustellen, dass effektive Reformen durchgeführt werden.

Wir fordern Sie daher auf, diesen Moment zu nutzen und bei der nächsten Sitzung des UN-Menschenrechtsrates Maßnahmen zu ergreifen, um Saudi-Arabien mitzuteilen, dass der Status Quo nicht mehr akzeptabel ist. Wir fordern Sie auf, aktiv zu werden, indem Sie auf der 40. Tagung des Rates eine Resolution vorlegen, um Überwachungsmechanismen für Menschenrechtsverletzungen in Saudi-Arabien Land einzurichten, ausdrücklich die sofortige und bedingungslose Freilassung der inhaftierten saudischen Menschenrechtsverteidigerinnen zu fordern und alle Anklagen gegen sie fallen zu lassen.

Seien Sie, Eure Exzellenz, unserer höchsten Wertschätzung versichert.

Hochachtungsvoll,

1. Access Now
2. Association Marocaine de lutte contre la Violence Ó L'Úgard des Femmes (AMVEF)
3. Americans for Democracy & Human Rights in Bahrain
4. Amnesty International
5. ALQST
6. Arab Institute for Human Rights
7. Arab Women Organisation of Jordan
8. Arabic Network for Human Rights Information
9. ARTICLE 19
10. Asian Forum for Human Rights and Development (FORUM-ASIA)
11. Association for Women's Rights in Development (AWID)
12. Beity Association
13. Cairo Institute for Human Rights Studies
14. CIVICUS: World Alliance for Citizen Participation
15. Committee for Justice
16. Committee for the Respect of Liberties and Human Rights in Tunisia
17. Commonwealth Human Rights Initiative
18. DefendDefenders (East and Horn of Africa Human Rights Defenders Project)
19. English PEN
20. Equality Now
21. European Saudi Organisation for Human Rights
22. Euromed Feminist Initiative
23. FÚDÚration de la Ligue DÚmocratique des Droits des Femmes
24. FIDH, under the Observatory for the Protection of Human Rights Defenders
25. Front Line Defenders
26. Global Fund for Women
27. Gulf Centre for Human Rights
28. Human Rights Law Centre
29. Human Rights Watch
30. International Service for Human Rights
31. Iraqi Women League
32. Jossour Forum des Femmes Marocaines
33. Lawyer's Rights Watch Canada
34. Lebanese Council to Resist Violence Against Women
35. MENA Rights Group
36. MENA Women Human Rights Defenders Coalition
37. Mwatana Organization for Human Rights
38. Najdah Lebanon
39. PEN International
40. Scholars at Risk
41. The Legal Agenda-Tunis
42. The Right Livelihood Award Foundation
43. Tunis Center for Press Freedom
44. Tunisian Association for Democratic Women (ATFD)
45. Tunisian Association for Individual Liberties
46. Tunisian Forum for Economic and Social Rights (FTDES)
47. Union de l'action Feministe (UFA)
48. Urgent Action Fund for Women's Human Rights
49. Vigilance for Democracy and the Civic State
50. Women's March Global
51. Women's Study Center
52. World Organisation Against Torture (OMCT), under the Observatory for the Protection of Human Rights Defenders

*Englische Version des Schreibens*  
<https://womensmarch.global/free-saudi-activists/wp-content/uploads/sites/5/2019/03/Saudi-Arabia-1-March-2019.pdf>

*Arabische Version des Schreibens*  
[https://womensmarch.global/free-saudi-activists/wp-content/uploads/sites/5/2019/03/Update-dARMFA\\_Letter\\_SaudiWHRDs.pdf](https://womensmarch.global/free-saudi-activists/wp-content/uploads/sites/5/2019/03/Update-dARMFA_Letter_SaudiWHRDs.pdf)

*Übersetzung aus dem Englischen von Pressenza München*

**Anmerkung:**

[1] <https://womensmarch.global/free-saudi-activists/>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0  
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

\*

**Quelle:**

Internationale Presseagentur  
Pressenza - Büro Berlin  
Reto Thumiger  
E-Mail:  
[redaktion.berlin@pressenza.com](mailto:redaktion.berlin@pressenza.com)  
Internet: [www.pressenza.com/de](http://www.pressenza.com/de)

<http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/meinung/bmof0086.html>



**pressenza**  
INTERNATIONAL PRESS AGENCY

## **Afghanistan - hinter den Kulissen ...**

*(SB) 4. März 2019* - Bei der fünften Runde der Friedensverhandlungen, welche die USA und die Taliban miteinander in Doha, der Hauptstadt Katars, führten, wurden offenbar Fortschritte erzielt. An den Gesprächen, die vom 25. bis zum 28. Februar dauerten, nahm neben US-Chefunterhändler Zalmay Khalilzad erstmals auch Mullah Abdul Ghani Baradar, stellvertretender Chef der Taliban, der in den neunziger Jahren zusammen mit Mullah Mohammed Omar die Organisation gegründet hatte, teil. Baradar hatte vor rund zehn Jahren eine eigene Friedensinitiative gestartet und Kontakt zur Regierung Afghanistans um den damaligen Präsidenten Hamid Karsai aufgenommen, war dafür jedoch in Pakistan, weil Islamabad am eigenständigen Vorstoß seiner Verbündeten keinen Gefallen fand, verhaftet worden. Erst im vergangenen Oktober ließen die pakistanischen Behörden Baradar auf Drängen der US-Regierung Donald Trumps frei.

Vor dem Treffen hob Khalilzad die Bedeutung der Begegnung der bisher ranghöchsten Vertreter der USA und der Taliban hervor und äußerte die Hoffnung, dadurch die bisher diskutierten Maßnahmen zur Schaffung eines dauerhaften Friedens in Afghanistan konkretisieren zu können. Dies scheint gelungen zu sein. Noch im Januar hieß es, die US-Delegation habe sich mit den Taliban-Vertretern im Prinzip auf die Lösung eines Abzugs aller ausländi-

schen Streitkräfte gegen verlässliche Sicherheitsgarantien, daß Afghanistan nicht wie vor den angeblich von Al Kaida verübten Flugzeuganschlägen vom 11. September 2001 in New York und Arlington von irgendeiner "terroristischen" Gruppe als Rückzugsgebiet genutzt wird, geeinigt. In Doha hat nun Khalilzad die Heimkehr aller amerikanischen Truppen aus Afghanistan innerhalb von fünf Jahren in Aussicht gestellt. Im Gegenzug sollen die Taliban demobilisiert werden - ein Teil von ihnen wird ins Zivilleben zurückkehren, der andere in die afghanischen Streitkräfte aufgenommen und dort integriert werden. Dies erklärte am 28. Februar Taliban-Sprecher Suhail Shahin gegenüber der Presse in Doha.

Daß der Friedenswille der Taliban ernst gemeint ist, davon sind die meisten Beobachter überzeugt. In einem Interview mit dem afghanischen Onlineportal TOLONews, das ebenfalls am 28. Februar erschienen ist, erklärte der ehemalige Mudschaheddin-Anführer Gulbuddin Hekmatyar: "Ich denke, daß nicht nur unsere Nation, sondern auch die Mehrheit der Taliban-Kämpfer kriegsmüde ist und Frieden will." Nach dem Aufstand gegen die Sowjetarmee in den achtziger Jahren war Hekmatyar ein führender Akteur beim darauffolgenden Bürgerkrieg, der in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre durch den Siegeszug der Taliban quasi zu Ende ging. Nach dem Einmarsch

westlicher Truppen im Oktober 2001 wurde Hekmatyar zum Taliban-Verbündeten und ging wie sie in den Untergrund. 2016 hat seine religiös-konservative Gruppe Hisb-e-Islami einen Separatfrieden mit Kabul geschlossen. 2017 kehrte Ex-Premierminister Hekmatyar in die afghanische Hauptstadt und damit ins öffentliche Leben zurück. Seitdem betätigt sich die Hisb-e-Islami als reguläre politische Kraft.

Mohammed Hanif Atmar hat als Nationaler Sicherheitsberater von Präsident Ashraf Ghani den Ausstieg Hekmatyars aus dem Guerillakrieg ausgehandelt und ermöglicht. Schon damals sahen viele in dieser Entwicklung die Eröffnung eines Weges, den irgendwann auch die Taliban beschreiten könnten - was sich dieser Tage zu bewahrheiten scheint. Atmar kämpfte vor dreißig Jahren als Geheimdienstoffizier der kommunistischen Regierung Afghanistans gegen die Mudschaheddin und hat dabei ein Bein verloren. Während der Präsidentschaft Karsais, die von 2002 bis 2014 dauerte, hatte er verschiedene Ministerposten inne, darunter für ländliche Entwicklung, Bildung und Inneres. 2010 verließ Atmar die afghanische Regierung, um seine eigene gemäßigt-reformistische Justiz- und Gerechtigkeitspartei zu gründen. Vier Jahre später half er Ashraf Ghani, die Präsidentschaftswahl zu gewinnen, und diente ihm in der Folge als Nationaler Sicherheitsberater. In dieser Funktion han-

delte er 2014 das Sicherheitsabkommen mit den USA aus.

Im vergangenen August verließ Atmar wegen "ernsthafter Meinungsverschiedenheiten" mit Präsident Ghani die afghanische Regierung. Bei der Präsidentschaftswahl, die im Mai stattfinden soll, kandidiert er gegen seinen ehemaligen Vorgesetzten. Doch inzwischen plädiert Atmar für eine Verschiebung des Urnengangs und zwar aus zwei Gründen: erstens, weil die Mängel, welche die Präsidentschaftswahl 2014 und die Parlamentswahlen im vergangenen Herbst begleitet haben, nicht behoben worden sind, und zweitens, weil es angesichts der politischen Entwicklung besser wäre, eine Regierung der nationalen Einheit zu

bilden, die den Friedensprozeß begleiten könnte. Bisher lehnen die Taliban jegliches Gespräch mit der Ghani-Regierung ab, die sie für eine Marionetten-Administration Washingtons halten. Doch für die ausbleibende Versöhnung zwischen Kabul und Taliban sind offenbar letztere nicht allein verantwortlich.

In einem Interview, das Reuters am 1. März veröffentlichte, hat Atmar die Haltung Ghanis heftig kritisiert, weil die Regierung in Kabul die große Afghanistan-Konferenz, die Anfang Februar in Moskau stattfand, boykottierte und weil sich Afghanistans Präsident vor kurzem mit der Bitte an die Vereinten Nationen gewandt hat, für eine Durchsetzung des in-

ternationalen Reiseverbots für die Taliban-Führung zu sorgen. Am 17. März sollen in Kabul mehr als 2000 Vertreter aller wichtigen gesellschaftlichen Gruppen Afghanistans über das weitere Vorgehen im Friedensprozeß beraten. In Doha haben die Amerikaner die Taliban zur Teilnahme an dem großen Treffen gedrängt. Ob die Männer um Mullah Baradar dem Rat Khalilzads folgen, muß sich zeigen. Nähme Präsident Ghani die konstruktive Kritik Atmars ernst, müßte auch er der Konferenz beiwohnen oder zumindest eine eigene Delegation hinschicken.

*<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/asiae-921.html>*

---

**POLITIK / REDAKTION / MEDIEN**

---

## **Wikileaks - Im Zangengriff der Ermittlungen**

*(SB)* 4. März 2019 - In Australien machen die Unterstützer von Julian Assange mobil. Der Wikileaks-Gründer hält sich seit achteneinhalb Jahren in der ecuadorianischen Botschaft in London versteckt aus Angst, an die USA ausgeliefert zu werden. Der Gesundheitszustand des 47jährigen Australiers verschlechtert sich zusehends nicht zuletzt aufgrund des Mangels an Sonnenlicht, den sein Refugium mit sich bringt. Deshalb haben mehrere hundert Menschen am 3. März in Sydney dafür demonstriert, daß die Regierung in Canberra ihrer Verantwortung gegenüber Assange gerecht wird und ihn nach Hause holt. Für den 10. März ist ei-

ne weitere Protestaktion in Melbourne geplant. Leider ist davon auszugehen, daß der australische Staat Assange weiterhin in Stich lassen wird - aus Rücksicht auf die vermeintlich übergeordneten Interessen des Militärverbündeten USA, versteht sich.

Seit Wikileaks 2010 eine große Sammlung belastender Geheimpdokumente über den blutigen Verlauf der Kriege im Irak und Afghanistan sowie über den mafia-ähnlichen Umgang des US-Außenministeriums - dem damals Hillary Clinton vorstand - mit den Regierungen anderer Staaten veröffentlicht hat, wird gegen Assange seitens verschie-

dener Stellen im amerikanischen Justizministerium ermittelt. Ende 2011 geriet Assange aufgrund leichtfertiger Sexualeskapaden in Schweden ins Blickfeld der dortigen Justiz. Da er sich zu dem Zeitpunkt in London aufhielt, wurde dort ein Rechtshilfesuchen eingereicht. Gegen Assange wurde seitens der Schweden niemals Anklage erhoben. Trotzdem wollten die britischen Behörden ihn an Stockholm ausliefern. Warum er zu den Vorwürfen, die sich später als haltlos herausstellen sollten, nicht in London oder über Skype befragt werden könnte, ist bis heute nicht plausibel erklärt worden.

Wegen der drohenden Gefahr, direkt von Großbritannien oder über den Umweg Schweden in die USA "überstellt" zu werden, setzte sich Assange im Juni 2012 in die Botschaft Ecuadors in London ab und verstieß damit gegen die Kautionsbedingungen. Dafür hat der britische Staat die 250.000 Pfund, die Assanges Freunde für ihn als Sicherheit hinterlassen hatten, einkassiert. 2016 hat die Working Group on Arbitrary Detention der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen Großbritannien dafür heftig kritisiert, daß es Assange aus dem Land nicht unbehelligt ausreisen läßt, sondern ihm weiterhin mit Verhaftung droht und ihn somit in einer Art "willkürlicher Inhaftierung" hält. Die damalige britische Innenministerin und heutige Premierministerin Theresa May hat die damalige Kritik der UN-Menschenrechtler als belanglos abgetan.

Bereits im Mai 2010 war Chelsea Manning, Wikileaks' Quelle der meisten der erwähnten Video- und Dokumentensammlung, die zuletzt beim Militärgeheimdienst der USA im Irak tätig gewesen war, verhaftet worden. 2013 wurde Manning für schuldig befunden und zu 35 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Im Januar 2017 hat der scheidende US-Präsident Barack Obama Manning zwar nicht begnadigt, doch ihr immerhin das restliche Strafmaß erlassen. Am 28. Februar hat Manning der New York Times eröffnet, daß sie eine Vorladung zu einer Anhörung in der Causa Assange vor dem östlichen Bundesgericht in Virginia erhalten hat. Dabei han-

delt es sich um jenes Gericht, dessen Mitarbeiter im vergangenen November "versehentlich" publik gemacht haben, daß bei ihm "unter Verschuß" eine Anklage gegen den Wikileaks-Gründer vorliegt.

Wenngleich die Anklagepunkte gegen Assange bis heute geheimgehalten wurden, gehen alle Beobachter davon aus, daß es sich um "Spionage" oder "Teilnahme einer konspirativen Spionageaktion" zum Nachteil der USA handelt. Bei einem Schuldspruch droht lebenslange Haft bzw. Tod durch Hinrichtung. Beim eigenen Prozeß vor dem Militärtribunal hat Manning stets beteuert, weder von Assange noch irgend jemanden bei Wikileaks zu illegalen Handlung animiert, sondern aus eigenem Antrieb - und zwar aus Empörung über die grausame Besatzungspraxis des US-Militärs im Irak - gegen geltendes Gesetz verstoßen zu haben. Gegenüber der NY-Times beklagte Manning, daß solche Grand-Jury-Anhörungen, wie die, die sie in Alexandria, Virginia, über sich wird ergehen lassen müssen, "zum Mißbrauch einladen", da sie "hinter verschlossenen Türen ohne Richter und ohne anwältlichen Beistand" stattfänden. Trotz aller persönlichen Sorge erklärte Manning, sie habe zum Fall Assange "nichts beizutragen" und werde nichts sagen, was ihn oder andere Whistleblower in irgendeine Art gefährden könnte.

Ob Manning bei dieser Linie bleibt, muß sich zeigen. Einen Gutteil der mehr als sechs Jahre im Gefängnis verbrachte sie in Einzelhaft, ohne daß die Isolati-

onsfolter sie zur Abkehr von ihrer Antikriegsposition hat bewegen können. Mannings Vorladung läßt jedoch die Unerbittlichkeit erahnen, mit der der Sicherheitsapparat der USA Julian Assange zermahlen will. Seit Wikileaks im Kampf um die US-Präsidentschaft 2016 brisante Dokumente über Hillary Clintons Zeit als Außenministerin, über korrupte Praktiken bei der Clinton Foundation - Stichwort "Pay to Play" - sowie über die Machenschaften bei den Demokraten, um Bernie Sanders bei den Vorwahlen zu benachteiligen, veröffentlicht hat, behaupten US-Medien und Geheimdienste unisono, Assange sei eine Marionette Wladimir Putins, der im Auftrag des Kremls Donald Trump ins Weiße Haus gehievt hat. Bis heute hat es für die These, die Russen hätten besagte Dokumente "gehackt" und sie anschließend Assange zukommen lassen, keinen stichhaltigen Beweis gegeben. Im Gegenteil spricht alles dafür, daß die Informationen von enttäuschten Sanders-Anhängern in der Zentrale der demokratischen Partei stammten und per USB-Stick über den Atlantik transportiert wurden.

Auch an der dieser Tage vielkolportierten Aussage von Trumps ehemaligen Anwalt Michael Cohen, dieser hätte gehört, wie über Telefon der politische Meisterintrigant Roger Stone im Juli 2016 dem damaligen republikanischen Präsidentschaftskandidaten von einer bevorstehenden Enthüllung seitens Wikileaks, welche für die demokratische Rivalin Clinton höchst unvorteilhaft ausfallen würde, erzählt, ist wenig dran. Wikileaks

hat mehrmals bestritten, jemals in Kontakt mit Stone gestanden zu haben. Dieser wiederum hat inzwischen zugegeben, damals gegenüber Trump mit einem Insider-Wissen über Wikileaks angegeben zu haben, in dessen Besitz er sich niemals befand. Schließlich hatte Assange selbst im Juni 2016 die Veröffentlichung der Dokumentensammlung der Demokraten bereits angekündigt. Also hat Stone Trump nicht mehr "erzählt", als was jeder aufmerksame Nachrichtenkonsument längst wußte.

Zweifelsohne hat das öffentliche Ansehen Assanges durch die große Russiagate-Kampagne zusammen mit einer anhaltenden Hysterie um "fake news" schwer gelitten. Dies erklärt die verhältnismäßig kleine Zahl der Teilnehmer an der Demonstration in Sydney. Angesichts des rauhen Winds, der Wikileaks seit einigen Jahren entgegenbläst, kam man die Organisatoren und Teilnehmer der Protestaktion, die sozialistische Gleichheitspartei (wsws.org), Joe Lauria, Chefredakteur von Consortiumnews.com, den renommierten Kriegskorrespondenten John Pilger, den Musiker und Pink-Floyd-Gründer Roger Waters, den Pulitzerpreisträger Chris Hedges, Elizabeth Vos, Chefredakteurin von Disobedient Media sowie den Dokumentarfilmmacher Curtis Levy, nicht hoch genug loben. Immerhin haben sie erkannt, was vom Schicksal Assanges abhängt, nämlich eine Pressefreiheit, die diesen Namen verdient.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/mden-478.html>

## POLITIK / SOZIALES / GENDER

*Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin*

### **Der Aufreger: Unisex- und Divers-Toiletten**

*von Hella Camargo, Humanistischer Pressedienst, 2. März 2019*

Nachdem in der Bundeshauptstadt Berlin bereits einige Schul- und Verwaltungsgebäude Toiletten eingerichtet haben, die nicht nur auf zwei Geschlechter ausgerichtet sind, planen auch Schulen in Bayern und Nordrhein-Westfalen Rücksicht auf Menschen zu nehmen, die sich nicht als weiblich oder männlich einordnen können oder wollen. Das Medienecho ist groß, die Weltuntergangsstimmung in den Kommentarspalten ebenfalls.

Wie der Bayerische Rundfunk [1] berichtete, enthalten die Baupläne der neuen Grundschule in Garching bereits eine zusätzliche Toilette, die sich nicht am binären Geschlecht [2] orientiert und sowohl eine Toilette und ein Urinal enthalten soll. In Pullach und Taufkirchen wird die Möglichkeit einer Unisex- oder Diverstoilette, die alle Menschen benutzen können, im Falle von Neubauten diskutiert. Nach Angaben der TZ [3] ist die Bauamtsleitung im Kontakt mit dem Bundesverband "Intersexuelle Menschen", um zu klären, ob ein separates WC nicht für ungewollte Aufmerksamkeit für Kinder und Jugendliche sorgt.

Köln geht noch einen Schritt weiter als Garching und so sehen die Pläne für eine neue Grund- und Gesamtschule auf dem Heliosgelände in Ehrenfeld nach Informationen des Express [4] Unisex-Toi-

letten vor, die von SchülerInnen und LehrerInnen gemeinsam benutzt werden sollen. Damit soll eine potentielle Diskriminierung oder Belastung von Trans- und Interpersonen verhindert werden. Den Ängsten von Eltern, die um die Sicherheit von Mädchen und die Sauberkeit der Toiletten besorgt sind, soll durch die Toiletten-Mitbenutzung durch das Lehrpersonal entgegengetreten werden. Immerhin haben diese ein Auge auf das Verhalten der Kinder und Jugendlichen. Die Rheinische Post [5] berichtet, dass die Helios-Schulen zur inklusiven Universitätsschule der Stadt Köln gehören. Das bedeutet, dass LehrerInnen dort, unter Einbeziehung von Studien und Erfahrungen in anderen Ländern, Fort- und Weitergebildet werden.

Und während täglich unzählige Menschen aus vermeintlich falsch gewählten WCs verwiesen werden, sich wegen Dokumenten mit Behörden abmühen und die selben persönlichen Fragen immer und immer wieder gestellt bekommen, ernten die neuen WC-Pläne und diverse Denkanstöße zur Vereinfachung von komplizierten Alltagssituationen für nicht binäre Personen in den Kommentarspalten der Medien Abwertung, Häme und Hass. Weil nur ein geringer Teil der Bevölkerung sich nicht in ein System zweier Geschlechter einordnen wolle oder könne, seien

die Bedürfnisse dieser Menschen zu ignorieren, ist ein häufiger Einwand. Ein sehr seltsamer Einwand. Haben wir doch alle, zumindest Phasenweise, Bedürfnisse, die nicht von der Mehrheit geteilt werden. So sind wir doch über Kinderwagen-Rampen froh, wenn der Nachwuchs noch klein ist, über Fahrstühle, wenn wir dank gebrochenem Bein an der Treppe verzweifeln oder geduldige Einheimische, wenn wir versuchen am Schweizer Fahrkartenautomaten das richtige Zugticket zu finden.

Der Humanistische Pressedienst (hpd) präsentiert aufklärerische, humanistische und freigeistige Positionen zu aktuellen Ereignissen. Das Internetportal will konfessionsfreien Menschen - in Deutschland ein Drittel der Bevölkerung - eine Stimme geben. Der hpd versteht sich als Plattform für das

breite Spektrum säkularer Bestrebungen, mit deren Akteuren er bestens vernetzt ist und zu deren Meinungsbildung er beitragen möchte.

*Erstveröffentlicht bei:*  
<https://hpd.de/artikel/aufreger-unisex-und-divers-toiletten-16543>

**Anmerkungen:**

[1] <https://www.br.de/nachrichten/-bayern/garching-grundschul toiletten-auch-fuers-dritte-geschlecht,RGYWrZl>

[2] <https://queer-lexikon.-net/2017/06/15/binaeres-geschlecht/>

[3] <https://www.tz.de/muenchen-region/muenchen-bayern-toiletten-fuers-dritte-geschlecht-an-grundschulen-gewaltiges-medienecho-11750676.html>

[4] <https://www.express.de/koeln/unisex-klos-fuer-alle-koelner-schule-will--dass-lehrer-und-schueler-aufsgleiche-wc-gehen-32065902>

[5] [https://rp-online.de/nrw/staedte/koeln/koeln-heliosschule-soll-unisex-toilette-bekommen\\_aid-36997841](https://rp-online.de/nrw/staedte/koeln/koeln-heliosschule-soll-unisex-toilette-bekommen_aid-36997841)

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0  
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

\*

**Quelle:**

Internationale Presseagentur  
Pressenza - Büro Berlin  
Reto Thumiger  
E-Mail:  
[redaktion.berlin@pressenza.com](mailto:redaktion.berlin@pressenza.com)  
Internet: [www.pressenza.com/de](http://www.pressenza.com/de)

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/soziales/psge0062.html>

**EUROPOOL / POLITIK / ITALIEN**

**250.000 demonstrierten in Mailand gegen den Rassismus des Innenministers und Lega-Chefs Salvini**

*von Gerhard Feldbauer, 4. März 2019*

In Mailand haben am Sonnabend nach einem Bericht der römischen La Repubblica 250.000 Menschen gegen die rassistische und arbeiterfeindliche Politik des Innenministers und Chefs der Lega-Partei, Matteo Salvini, demonstriert. Durch die Strassen der Industriemetropole zogen Gewerkschafter der CGIL, CISL und UIL, Mitglieder der Demokratischen Partei (PD), andere Linke, Kommunisten, Mitglieder des Partisanenver-

bandes ANPI, der Kulturvereinigung ARCI, Amnesty Internationals und zahlreicher weiterer Gruppen, an ihrer Spitze CGIL-Generalsekretär Maurizio Landini, die Mitte-Links-Regierungschefs der Toskana und Latium, Enrico Rossi und Nicola Zingaretti, und PD-Sekretär Maurizio Martina.

Auf der Kundgebung an der Piazza del Domo schätzten sie ein, dass erstmals seit dem Antritt der

Regierung der rassistischen Lega mit der rechten Fünf-Sterne-Bewegung (M5S) im Juni 2018 eine breite einheitliche antifaschistische Aktion gegen sie zustande gekommen sei. Der Bürgermeister von Mailand, der unabhängige Linke Beppe Sala, sagte, von hier gehe ein Signal aus, "ein anderes Italien" zu schaffen. Nach Nicola Zingaretti beginne jetzt "der Wiederaufbau einer Linken". Transparente "Zuerst die Men-

schen" wandten sich gegen Salvini's Motto "Zuerst die Italiener".

\*

### Quelle:

© 2019 by Gerhard Feldbauer  
Mit freundlicher Genehmigung  
des Autors

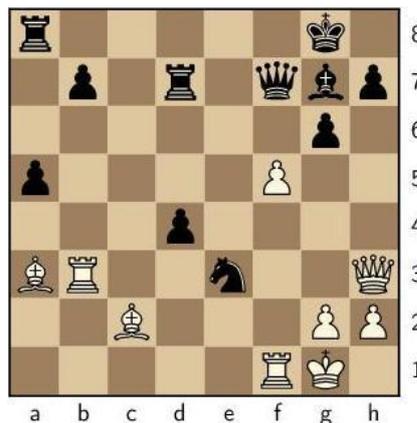
<http://www.schattenblick.de/infopool/europool/politik/e-it0256.html>

## SCHACH - SPHINX

### Nach sieben Niederlagen brach der Bann

(SB) - Der ungarische Großmeister Peter Leko hatte in seiner Karriere ordentlich Lehrgeld zahlen müssen. Im zarten Alter von 14 Jahren erwarb er sich den höchsten FIDE-Titel als seinerzeit jüngster Großmeister der Schachgeschichte. Sein Spiel wurde von Jahr zu Jahr besser. Schließlich hatte er die besten Lehrer, nämlich die lehrreichen Niederlagen gegen seine älteren Großmeisterkollegen. Beispielsweise war da ein Herr namens Alexej Schirow. In sieben Auseinandersetzungen wurde Leko von Schirow sieben Mal besiegt. Sieben Mal zuviel, dachte sich der 1998 18 Jahre zählende Leko und freute sich auf das Duell in Dortmund. Leko spielte mit den schwarzen Steinen die Grünfeldindische Verteidigung. In einer scharfen Theorievariante, verbunden mit einem Bauernopfer, hoffte Schirow auf einen achten Sieg in Folge. Doch es kam anders. Leko hatte eine Neuerung vorbereitet - speziell auf Schirow zugeschnitten. Und der Erfolg blieb nicht

aus. Eine Unachtsamkeit Schirows im 22. Zug überließ dem Ungarn das klar bessere Spiel. Schirow, bekannt für seine erfindungsreichen Finessen, wechselte auf die rein taktische Ebene über. Schließlich entstand die Stellung im heutigen Rätsel der Sphinx. Leko am Zuge hätte nun entweder den schutzlosen weißen Läufer auf c2 verspeisen oder die Qualität gewinnen können. Doch seine sieben Niederlagen gegen den Wahlspanier mahnten ihn zur Vorsicht. In beiden Fällen hätte Schirow nämlich mit 2.f5xg6 noch einige Zeit im trüben fischen können. Nun, Wanderer, wie brach Leko den Bann der vergangenen Jahre?



Schirow - Leko  
Dortmund 1998

### Auflösung letztes Sphinx-Rästel:

1.h5-h6! Se6xd4 2.h6xg7+ Lf6xg7  
3.Td1xd4! riß in der Tat eine fürchterliche Wunde in die schwarze Stellung. Der amerikanische Jugendweltmeister Tal Shaked sah die Konsequenzen und erbleichte: 3...Lg7xd4 4.Df5-f6+!! Ld4xf6 5.Lc3xf6+ Kh8-g8 6.Lg2xd5+ Kg8-f8 7.Tg1-g8# oder 3...Te8-f8 4.Df5xh7+!! Kh8xh7 5.Td4-h4+ Lg7-h6 - 5...Kh7-g8 6.Lg2xd5+! - 6.Lg2-e4+! d5xe4 7.Tg1-g7+ Kh7-h8 8.Th4xh6# bzw. 3...Lc6-d7 4.Df5xh7+!! Kh8xh7 5.Td4-h4+ Lg7-h6 6.Lg2-e4+! Te8xe4 7.Tg1-g7+ Kh7-h8 8.Tg7-g6+ Tc8xc3 9.Th4xh6#

## UMWELT / REDAKTION

### Grüner Kapitalismus - Geburtssumkehr ...



Straßen bilden Ausgangspunkt für Entwaldung des Amazonasbeckens  
Foto: NASA

(SB) 4. März 2019 - Ende vergangenen Monats hat der Grüne Klimafonds (Green Climate Fund) entschieden, daß Brasilien fast 100 Millionen Dollar für einen Rückgang seiner Entwaldungsrate als sogenannte Klimaschutzmaßnahme (Mitigation) erhält [1]. Und das, obwohl zur Zeit wieder mehr Wald gerodet wird und der neue Präsident Brasiliens, Jair Bolsonaro, grünes Licht für die Vertreibung bzw. Ermordung der Indigenen, den milliarden-schweren Bau neuer Straßen durch den Amazonas-Regenwald sowie Waldrodungen zum Zweck des Plantagenbaus gegeben hat. Ähnlich wie US-Präsident Donald Trump hat Bolsonaro nur Verachtung für den Klimaschutz und die von den Klimafolgen betroffenen Menschen übrig. Es ist an Zynismus nicht zu überbieten, daß Brasilien Gelder aus dem Grünen Klimafonds erhält.

Die schlimmsten Befürchtungen von Nichtregierungsorganisationen, die sich um die Bewahrung des Amazonas-Regenwalds, den

Schutz der Indigenen und allgemein den Klimaschutz Sorgen machen, haben sich bewährt: Ausgerechnet das erste Waldschutzprojekt im Rahmen des Konzepts REDD+ [2], das der Grüne Klimafonds genehmigt hat, geht an Brasilien. Es handelt sich um ein Pilotprogramm, bei dem Länder rückwirkend für ihren erfolgreichen Waldschutz während des Zeitraums Dezember 2013 bis 2018 Finanzmittel erhalten. Das Pilotprogramm hat einen Umfang von 500 Mio. Dollar, und bezahlt werden fünf Dollar pro Tonne Kohlenstoffdioxid-Äquivalent (CO<sub>2</sub>e). Wobei die Bestimmungen vorsehen, daß kein Land mehr als 30 Prozent dieses Topfs erhalten darf.

In dem vom UN-Entwicklungsprogramm UNDP formulierten Antrag um Finanzierung macht Brasilien geltend, es habe in den Jahren 2014 bis 2015 seine Entwaldung verglichen mit dem Durchschnitt der jährlichen Entwaldungsrate zwischen 1996 und 2010 so sehr verringert, daß dies 1,25 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub>e entspricht. Für zwei Prozent dieser Menge hatte Brasilien um Finanzmittel gebeten, was 25 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>e ausmacht. Der Independent Technical Advisory Panel - ein Ausschuß des Grünen Klimafonds - hatte die Anerkennung von 19 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>e empfohlen. Dem ist der Fonds nun gefolgt, so daß Brasilien 96,4 Millionen Dollar als Waldschutz für Wald erhält, der möglicherweise in diesem oder nächsten Jahr nicht mehr existiert. "Der Grüne Klimafonds bezahlt für Wälder, die bis 2015 bewahrt wurden, aber zur Zeit abgebrannt werden, während die Zahlungen geleistet werden", kritisiert Simo-

ne Lovera-Bilderbeek, Aktivistin, Autorin und Direktorin der Nichtregierungsorganisation Global Forest Coalition Brasiliens Initiative. [3]

Eine entscheidende und höchst umstrittene Größe in diesem Zusammenhang ist der Referenzzeitraum, der Forest Reference Emission Level (FREL B). Im Durchschnitt der Jahre 1996 bis 2010 wurde in Brasilien eine besonders große Fläche an Wald gerodet, so daß die Phase 2014/15 günstig erscheint. Die Biologin und Kritikerin des Emissionszertifikathandels Jutta Kill von der World Rainforest Movement berichtet laut Mongabay, daß Brasilien bei diesem Referenzwert seine heutige Entwaldungsrate sogar verdoppeln könnte und es noch immer Gelder vom Grünen Klimafonds erhalten würde. Doch bei einem anderen Referenzwert, der die Realität der steigenden Emissionen berücksichtige, könnte das Land womöglich überhaupt keine Ansprüche geltend machen. [4]

Die Geschwindigkeit, mit der in Brasilien Wald gerodet wird, fiel in den letzten zwanzig Jahren sehr unterschiedlich aus, abhängig nicht zuletzt von der jeweiligen Regierung. 2014/15 hat die Entwaldung von 5.012 auf 6.207 Quadratkilometer, das entspricht 25 Prozent, zugenommen. Bereits unter Präsident Michel Temer (2016 - 2018) war abermals vermehrt Wald gerodet worden. Als aber gegen Ende 2018 Bolsonaros Wahlsieg feststand, stieg die Geschwindigkeit nochmals an, mit der unter anderem "grileiros" in die Wälder eindrangen und Bäume fällten. Offiziell wurden 2018 über 7.900 Quadratkilometer Wald gerodet. Zum Vergleich:

2012 waren es rund 4.570 Quadratkilometer.

Man könnte behaupten, daß sich Brasilien die Gelder erschlichen hat, aber das würde die Rolle des Fonds bei diesen Machenschaften zu gering einschätzen. Beim Grünen Klimafonds, der im Rahmen des U.N. Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) aufgestellt wurde, weiß man sehr genau, daß man das Geld dem Klimawandelleugner Bolsonaro in den Rachen wirft. Das läßt den Schluß zu, daß entweder maßgebliche Kräfte im Fonds auf dessen Seite stehen oder aber daß man, auf welcher Grundlage auch immer, hofft, daß sich der Drachen mit dem Happen besänftigen und von dem Nutzen des Klimaschutzes überzeugen läßt. Letzteres wäre allerdings besonders naiv, denn Bolsonaro dürfte sich eher in seiner Ansicht bestätigt sehen, daß auch die sogenannten Klimaschützer die gleiche Sprache sprechen wie er und nur am Geschäft, nicht aber an einem ernsthaften Klimaschutz interessiert sind.

Wie konnte es überhaupt zu dieser für den Klimaschutz verheerenden Entscheidung kommen? Ursprünglich war REDD, das später auf REDD+ erweitert wurde, ein Konzept, das von Entwicklungs- und Klimaschutzorganisationen begrüßt wurde. Mittels der Anerkennung der "Ökosystemdienstleistung" des Waldes als Kohlenstoffspeicher sollten Gelder von den Industriestaaten in die Länder des Südens transferiert werden, damit diese für den Klimaschutz und zugleich ihre nachholende Entwicklung keinen Wald roden müssen, sondern statt dessen für dessen Bewahrung fi-

nanziert werden. Denn, so die Idee, ein Stopp der Entwaldung trägt zum Klimaschutz bei, weil der Kohlenstoff nicht verbrannt und als CO<sub>2</sub> in die Luft geblasen, sondern in Form von Bäumen gebunden wird. Um die globale Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, wie im Übereinkommen von Paris als Wunschziel formuliert, würde der Schutz der Wälder einen unverzichtbaren Beitrag leisten.

Bei der Befürwortung dieser Idee wurde jedoch übersehen, daß im Rahmen einer kapitalistisch organisierten Wirtschaft, Naturressourcen in der Regel nicht in Wert gesetzt werden, um sie zu bewahren, sondern vielmehr dafür, daß erstens vorzugsweise kapitalstarke Unternehmen Profite generieren und zweitens Regierungen ihre administrative Verfügungsgewalt in gesellschaftliche Bereiche hinein ausdehnen, die ihnen bisher mindestens partiell unzugänglich waren. Letzteres bedeutet zum Beispiel im Fall von REDD+, daß ausgerechnet die Menschen, die seit Generationen einen nachhaltigen Umgang mit dem Amazonas-Regenwald pflegen, die Indigenen und Kleinbauern, aus dem Wald vertrieben werden. Jair Bolsonaro hat geradezu zur Jagd auf die Indigenen und alle, die den Wald schützen wollen, geblasen, indem er sie als "Terroristen" gebrandmarkt hat.

*Unkontaktierte Indigene sind laut Definitionshoheit der Ressourcenräuber "Terroristen"*  
Foto: Gleilson Miranda / Governo do Acre, CC BY 2.0

[<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>]

Selbst wenn Waldflächen unter REDD+ nicht abgeholzt werden, bedeutet das nicht, daß dadurch der Wald insgesamt geschützt wäre. Statt dessen weichen jene gesellschaftlichen Gruppen, die hinter der Waldrodung stehen - Holzunternehmen, Sojaproduzenten, Biospritifirmen, etc. - einfach auf andere Waldgebiete aus, die dann verstärkt schrumpfen. So verzeichnet gegenwärtig nicht der Amazonas-Regenwald, sondern der brasilianischen Cerrado und der Chaco in Paraguay mit die höchsten Entwaldungsraten der Welt.

Sofern es noch eines Sargnagels für REDD+ bedurft hätte, hat ihn der Grüne Klimafonds in seiner letzten Sitzungsperiode vom 26. bis 28. Februar 2019 in Songdo, Südkorea, mit der Bewilligung des brasilianischen Antrags eingeschlagen. Problematisch war die Idee von REDD+ von Anfang an: Jemand sollte dafür bezahlt werden, daß er etwas nicht tut. Das heißt, es stand die Androhung im Raum, er könnte die globale Erwärmung anfeuern, indem er Wald rodet, würde es aber nicht

tun, wenn er dafür Geld erhielte. Diese Denkweise hat rund um den Globus den grünen Kapitalismus befördert, indem zum Beispiel über die Finanzierung von modernen Kohlekraftwerkstechnologien in einem Entwicklungs- oder Schwellenland Emissionszertifikate erworben werden können, mit der Begründung, daß ansonsten eine weniger moderne Anlage gebaut würde, die mehr Kohlenstoffdioxid emittiert. Das heißt, im Grünen Kapitalismus ist so ein Bedrohungsszenario systemisch verankert.

Es besteht nicht nur keine Garantie seitens der neuen brasilianischen Regierung, den unter REDD+ geschützten Wald unangetastet zu lassen, sondern Waldrodungen sind geradezu ihr Programm. Der neue Infrastrukturminister Tarcísio Gomes de Freitas kündigte noch am ersten Tag seiner Amtszeit an, daß Brasilien in den nächsten vier Jahren den Straßenbau in Höhe von 27 Mrd. Dollar fördern wird. Damit sollen entlegene Regionen "erschlossen" werden.



Bekanntlich waren solche Straßen schon immer Ausgangspunkt für illegale ebenso wie legale Waldrodungen. Dazu paßt, daß Brasilien seine Einladung als Gastgeber für den nächsten UN-Klimagipfel (COP25) zurückgezogen hat. Chile ist in die Bresche gesprungen. Auch steht immer noch im Raum, ob sich Brasilien nicht wie die USA vollständig vom Übereinkommen von Paris verabschiedet. Es wäre ein übler Scherz, wenn es zu dem Zeitpunkt noch Gelder aus Grünen Klimafonds erhalte.

**Anmerkungen:**

[1] [tinyurl.com/y4p23pf7](http://tinyurl.com/y4p23pf7)

[2] Das Akronym REDD+ steht für: Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation and the role of conservation, sustainable management of forests and enhancement of forest carbon stocks in developing countries (z. Dt.: Reduzierung von Emissionen aus Entwaldung und Waldschädigung sowie die Rolle des Waldschutzes, der nachhaltigen Waldbewirtschaftung und des Ausbaus des Kohlenstoffspeichers Wald in Entwicklungsländern)

[3] <https://globalforestcoalition.org/redd-and-the-green-climate-fund-confirming-the-worst-fears/>

[4] <https://news.mongabay.com/2019/02/fears-of-a-dire-precedent-as-brazil-seeks-results-based-redd-payment/>

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/redakt/umkl-691.html>

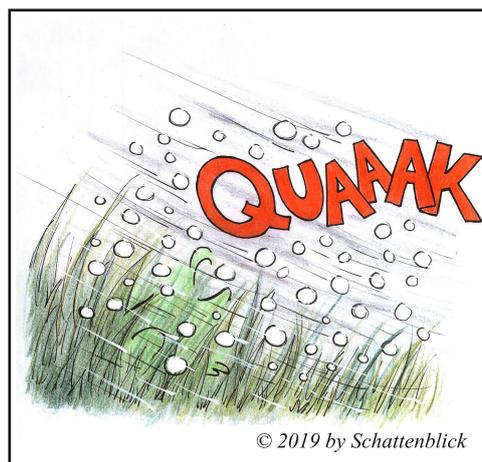
**Inhalt** **Ausgabe 2849 / Dienstag, den 5. März 2019**

- 1 BÜRGER/GESELLSCHAFT - FAKTEN: Honduras - Drei Jahre ohne Berta, Copinh kämpft weiter für Gerechtigkeit (poonal)
- 5 BÜRGER/GESELLSCHAFT - MEINUNGEN: Saudi-Arabien - Über 50 Menschenrechtsorganisationen fordern sofortige Freilassung der Frauenrechtsaktivistinnen (Pressenza)
- 8 POLITIK - REDAKTION: Afghanistan - hinter den Kulissen ...
- 9 POLITIK - REDAKTION: Wikileaks - Im Zangengriff der Ermittlungen
- 11 POLITIK - SOZIALES: Der Aufreger - Unisex- und Divers-Toiletten (Pressenza)
- 12 EUROPOOL - POLITIK: 250.000 demonstrierten in Mailand gegen die rassistische und arbeiterfeindliche Politik Salvinis (Gerhard Feldbauer)
- 13 SCHACH-SPHINX: Nach sieben Niederlagen brach der Bann
- 13 UMWELT - REDAKTION: Grüner Kapitalismus - Geburtsumkehr ...
- 16 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 5. März 2019

**DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN**

**Und morgen, den 5. März 2019**

+++ Vorhersage für den 05.03.2019 bis zum 06.03.2019 +++



Regengrau und Graupelschauer, frischer Wind mit Sturm aus Westen, Jean-Luc, grün in grün auf Lauer, gibt sein lautes Quak zum Besten.

**IMPRESSUM**

**Elektronische Zeitung Schattenblick**

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.  
Verantwortlicher Ansprechpartner:  
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth  
Elektronische Postadresse: [ma-verlag@gmx.de](mailto:ma-verlag@gmx.de)  
Telefonnummer: 04837/90 26 98  
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME  
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.):  
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth  
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV:  
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth  
ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.